

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen.

Postfachkonto: Dresden 1584
Stroßstraße Nr. 22.

Nr. 232.

Dienstag, 5. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boien. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 11 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschiff-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermittelter Absatz erfolgt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtigste Unterhaltungsbeilage: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gutschkestraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Banuropa.

Der paneuropäische Gedanke ist gut, bestehend, so vernünftig, daß er nicht einmal eine Utopie zu sein braucht. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter die sich jede Volkswirtschaft zu beugen hat, unbedingt diesem Ziel entgegensteuert. Aber da dieses Ziel von wirtschaftlichen Gesetzen bedingt ist, so kann die Entwicklung auf diesem Wege nicht künstlich beschleunigt werden. Betrachtet man heute die geographische Landkarte Europas, die politische Gestaltung, die unserem Kontinent gegeben ist, so wird man sich schwer zu der Überzeugung durchringen können, daß die Zeit für die Verwirklichung dieses schönen Gedankens auch nur annähernd reif ist. Man frage Mussolini oder Poincaré oder Chamberlain, was sie von der paneuropäischen Idee halten und man wird eine Antwort erhalten, die unsere Ansicht nicht lägen kraft. Gewiß, diese Politiker sind keine Ewigkeitsrichtigerungen, sie können über kurz oder lang von der politischen Arena verschwinden sein. Aber die politische Struktur, aus der sie hervorgehen, ist die Geschichte Europas eingetragene, ist nicht etwas Flüchtiges, ist vielmehr die Verkörperung des Geistes, der auch heute noch unsere Zeit beherrscht. Das bedingt keinesfalls, daß man sich mit der paneuropäischen Idee nicht zu beschäftigen braucht. Falls wäre es jedoch, so heute schon als einen politischen Faktor in Rechnung zu ziehen.

Dem mit Initiative getragenen Idealismus des Grafen Tugendbrow ist es gelungen, in diesen Tagen in Wien zu etwas wie einem paneuropäischen Kongress ins Leben zu rufen. Allein schon die Zusammenlegung dieses Kongresses spricht das Werturteil, das man der Veranstaltung beizulegen hat. 28 Regierungen hätten zwar vor 28 Delegierten aller europäischen Staaten. Aber wer sind diese Delegierten? Zum Teil Privatpersonen, die auf die Politik der Länder, deren Staatsangehörige sie sind, keinen oder nur einen sehr geringen Einfluß haben. Wo stehen die führenden Politiker des Auslandes, Caillaux, Berthelot, Poincaré oder Breda? Oder Herr Briand, dem Europas Schicksal doch so sehr am Herzen zu liegen scheint? Vergebens wird man in der Teilnehmerliste des Kongresses ihre Namen suchen. Aber andere Namen findet man: Reichstagspräsident Veche, Reichsanwalt a. D. und Reichstagsabgeordneter Wirth, Bundeskanzler a. D. Seipel und der augenblicklich amtierende österreichische Bundeskanzler Ramek. Also immerhin, die deutsche Politik ist recht reichlich vertreten. Wie überhaupt alles, was auf diesem Kongress interessant und bemerkenswert ist, deutsch gerichtet wird. Ob gerade diese Tatsache dem paneuropäischen Gedanken einen Dienst leistet? Das Ausland hat sich nachherdebar daran gemeldet, alles das, was in dem niedergeworfenen Deutschland an politischen Ideen geboren wird, mit einem gewissen Mißtrauen und einer ausgesprochenen Zurückhaltung zu begegnen. Wird dem paneuropäischen Gedanken, von deutschen offiziellen Persönlichkeiten gefördert, nicht ein ähnliches Los beschieden sein?

Die paneuropäische Idee will unserem Kontinent ein neues einheitliches Gesicht geben. Aber auf diesem Kontinent spielen wir Deutschen die Rolle des Mäandens, das hinter die Gittertür steht. Aus der Perspektive dieser Gittertür, anders können und wollen wir nicht die Umwelt betrachten. Das heißt mit anderen Worten, das Interesse für die Gestaltung der freien Umwelt da draußen muß vor unserem Interesse zurücktreten, erst einmal aus der und niederträchtig umgebenden Mauermaße wieder herauskommen. Wie kann man ernstlich von einem geeinigten und freien Europa träumen, wenn man selbst nicht frei ist? Oder seinem Reichsminister Vorschriften machen, solange man nicht selbst aus der verästelten Tür getreten ist? Am Abend der Eröffnung des Wiener paneuropäischen Kongresses marschierten die Mäander der nationalen Bereiche Österreichs in der Donau auf. Zur Demonstration, daß Österreich sich vom paneuropäischen Völkerbund nicht internationalisieren lassen wolle, sondern zuerst den Anschluß an Deutschland fordere. Diese Demonstration der Anhänger des großdeutschen Gedankens, den auch Herr Reichstagspräsident Veche in so energischer Weise vertritt, ist symptomatisch für den Geist des Kongresses, der sich mit einer Frage beschäftigt, die noch vollständig in der Luft hängt. Man hat uns Deutsche als das Volk der Dämonen und Denker zu bezeichnen beliebt. Das hindert uns jedoch keinesfalls zu empfinden, daß das Gend näher am Körper liegt als der Kopf. Will man also wirklich dem paneuropäischen Gedanken dienen, so lorge man erst dafür, daß Deutschland die Fessel abgenommen wird. Denn nur auf der Grundlage eines freien Deutschlands kann Banuropa Wirklichkeit finden.

Der erste Banuropa-Kongress.

Wien, 5. Oktober. In der gestrigen Eröffnungssitzung des paneuropäischen Kongresses ist von dem deutschen Reichstagsabgeordneten Dr. Mittelmann über die Frage der nationalen Minderheiten debattiert worden. Er äußerte an die Ausführungen Gieseler und Wirthel aus, daß auch Europa den Krieg erlebte und daß es nur erreicht werden könne, wenn ganz Europa wieder zusammenhalte. In diesem Sinne bekannte er sich zum Paneuropäismus. Er verlangte aber, daß die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten in kultureller Hinsicht nicht nur auf dem Papier stehe, sondern tatsächlich vorhanden sei. Er stellte den Antrag, der erste paneuropäische Kongress möge die Einsetzung eines Ausschusses beschließen, der die Frage der Minderheiten zum Gegenstand einer eingehenden Prüfung mache und auf Grund dieser Prüfung im Einvernehmen mit der interparlamentarischen Union und mit der

Union der Völkerbündnisse zusammen zur Sicherung des Kulturlebens der nationalen Minderheiten Pläne ausarbeite.

Die heutige Sitzung des paneuropäischen Kongresses beschränkt sich auf die wirtschaftlichen Fragen.

Untersuchung des Bremerheimer Zwischenfalls.

Paris. (Frankfurt.) Die französischen Blätter berichten von einem neuen Zwischenfall in Reusstadt a. d. O. Uebereinstimmend melden die Zeitungen, daß am 4. Oktober ein deutscher Zivilist in einem Restaurant der Friedrichstraße mit einem französischen Unteroffizier vom 12. Jüli-Regiment namens Audouin in einen Streit geriet, in dessen Verlauf der Deutsche den Franzosen mit einem Dolch in die Herzgegend schwer verletzete.

Journal gibt dazu noch folgende Einzelheiten: Der deutsche Zivilist, ein Kaufmann aus Reusstadt und früherer Offizier, trat an den Unteroffizier heran und zwang ihn, aus seinem Glase zu trinken. Darauf schloß ihm der Deutsche einen Dolch und erklärte, daß er seine Frau töten wolle. Ohne jede weitere Erklärung stieß er darauf dem Unteroffizier den Dolch in die Herzgegend. Darauf verließ der Deutsche das Lokal und fuhr auf einem Motorrad davon. Die Verwundung des Franzosen ist ernst. Die deutsche Polizei hat sich sofort den französischen Militärbehörden zur Verfügung gestellt, um des Täters, dessen Verlon bekannt sei, habhaft zu werden.

Eine neue Mordtat der Franzosen in Ostpreußen.

Koblenz. Einige junge Leute, die von Ehrenbreitstein her über die Brücke nach Koblenz gingen, gerieten mit einer Anzahl französischer Zivilisten in eine Schlägerei, weil die Franzosen den Zutritt eines jungen Mannes an seine vorangegangenen Kameraden irtümlicherweise auf sich bezogen hatten. Bei der Schlägerei ran einer der Franzosen ein Messer und stieß einem zwanzigjährigen Mann eine durchdringende Schußwunde zu, die die Wange vom Ohr bis zum Mund durchschnitt. Außerdem erhielt der Verletzte noch Messerstiche in den Oberarm. Auf der Feuerwehr wurden dem jungen Manne Notverbände angelegt.

Zwischenfall in Reusstadt an der Gard.

Paris. (Frankfurt.) Die Agentur Havas veröffentlicht in Bezug auf die Untersuchung des Bremerheimer Zwischenfalls durch die deutschen und die französischen Behörden folgende Auslastung:

General Guillaumat, der Befehlshaber der französischen Besatzungsarmee, hat den Kriegsminister wissen lassen, daß er den Verlethäter des Bremerheimer Zwischenfalls als jenseitige deutsche Seite mit der Führung der Untersuchung beauftragten deutschen Beamten sowie die von ihm benannten Reagen zu vernehmen.

Dies sei die einzige Form deutsch-französischer Zusammenarbeit, die ins Auge gefaßt werden könne. Der Reichskommissar habe diese Formel angenommen. Die Angelegenheit sei nunmehr eine rein gerichtliche und die Untersuchung werde alles berücksichtigen und absolut unparteiisch sein.

Reusstadt. (Frankfurt.) Von zufälliger Stelle erfahren wir über den Vorfall in Reusstadt an der Haardt folgendes: In der Nacht vom Sonntag auf den Montag entspann sich in einer Wirtschaft zwischen dem Deutschen Krauter und zwei Franzosen, von denen der eine in Zivil, der andere in Uniform war, eine lebhaft, teilweise sehr kollektale Unterhaltung. Der Deutsche, der infolge einer Kriegsverletzung für Alkohol sehr empfänglich ist, war angetrunken. Mäßig erklärte der französische Sergeant, er sei in die Brust geschossen worden, doch wurde ein Messer überhaupt nicht gezogen. Die beiden Franzosen verließen darauf das Lokal, jedoch kehrte der Franzose in Zivilkleidung nach ungefähr einer halben Stunde wieder zurück und sagte, man solle kein Aufsehen von der Sache machen. Am Montag abend aber forschte der französische Verbindungs-Offizier bei der Polizei in Reusstadt nach dem Täter. Der Fall ist (psychologisch) noch gar nicht geklärt. Der Deutsche hat im Verlauf seiner Unterhaltung mit den Franzosen diese nach ihrer Meinung über den Bremerheimer Zwischenfall gefragt. Möglicherweise ließ er sich dazu hinreichen, für die Bremerheimer Zwischenfälle an einem der Franzosen Rache zu nehmen. Wie verlautet, hat sich Krauter am Montag nicht mehr in Reusstadt befunden.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Berlin. Dem Reichskabinett wird heute, wie verlautet, der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt. Die jetzt vorliegende Fassung unterscheidet sich nur in wenigen Punkten von den früheren Entwürfen des Reichswirtschaftsministeriums. Die Zahl der Mitglieder soll etwa 130 betragen. Eine wesentliche Änderung ist die Einsetzung einer permanenten Kommission zur Vorbereitung von Anfragen. Die in der Reichsverfassung vorzulebende Gliederung nach Berufsgruppen ist in dem Gesetzentwurf nicht enthalten. Der Reichswirtschaftsrat soll im weiteren Umfang als bisher in die Lage versetzt werden, seine Vorschläge und Beschlüsse vor dem Reichstag zu vertreten. Da der Gesetzentwurf in der jetzigen Fassung als verfassungsbändernd angesehen wird, bedarf es zur Verabschiedung der Zweidrittelmehrheit des Reichstages.

Dankerschreiben des Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Okt. Das Büro des Reichspräsidenten gibt folgenden Erlaß des Herrn Reichspräsidenten bekannt: Auch in diesem Jahre sind mir zu meinem Gedächtnistage aus allen Teilen des Reichs und von Deutschen aus dem Auslande zahlreiche Glückwünsche zugegangen, deren Einzelantwortung mir leider unmöglich ist. Allen, die freundlich meiner gedacht haben, spreche ich daher auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus und bitte sie zugleich, mit mir weiter zusammenzuhalten im festen Bemühen um die Befriedung und Befreiung unseres Vaterlandes.
von Hindenburg, Reichspräsident.

Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstags.

beschloß heute zunächst die Aufhebung des Gesetzes vom 11. Juli 1926 über die Verbefestigung der Einfuhrzölle. Sobald der heutige Beschluß des Ausschusses gefestigt worden ist, sollen wieder Einfuhrzölle in Höhe der vollen Zollbeiträge ausgesetzt werden.

Hierauf wandte sich der Ausschuss der Beratung über Erhöhung des Zuderzollens zu. Abg. Stubbendorf (Dnat.) beantragte, den Einfuhrzoll auf Zuder auf 20 Mark, für Rohzuder auf 18 Mark festzusetzen. Die Zuderwirtschaft sei einer der wichtigsten Zweige der gesamten deutschen Wirtschaft und befände sich in rapidem Verfall. Andere Länder haben einen Zuderzoll, der zwei bis sieben Mal so hoch ist wie der jetzige deutsche. Abg. Meyer-Berlin (Dem.) entgegnete, daß die Frage nicht ohne genaue Prüfung der Verhältnisse erledigt werden könne und beantragte, dem Reichstage vorzuschlagen, die Petitionen für und gegen Erhöhung des Zuderzollens der Regierung als Material zu überweisen. Abg. Blum (Zentrum) verlangte Schluß vor Zumping und trat deshalb für eine Erhöhung des Zuderzollens ein. Zum Ausgleich für diese Erhöhung soll durch eine ausreichende Senkung der Zudersteuer dafür getragen werden, daß Anlaß zur Preissteigerung für Zuder im Inlande nicht gegeben ist.

Der Vertreter der Reichsregierung erklärte, daß die Reichsregierung eine abschließende Stellung noch nicht eingenommen habe. Abg. Dr. Herz (Soz.) stellte fest, daß die Sozialdemokratie nicht daran denke, daß jetzt die Frage des Zuderzollens durch Initiative der Reichsregierung aufgerollt werden soll.

Demgegenüber stellte der Vorl. Abg. Verlinus (Zentr.) fest, daß die Mehrheit des Ausschusses eine erneute Behandlung des Zuderzollens durch Initiative der Reichsregierung wünsche.

Vor dem Zusammenstoß der Beamten.

Uebereinstimmung zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Gesamtverband Deutscher Beamtengeverkschaften.
Der Deutsche Beamtenbund teilt mit: Die angehängten offiziellen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Gesamtverband Deutscher Beamtengeverkschaften haben am Montag, den 4. Oktober stattgefunden. Sie führten zu einer völligen Uebereinstimmung. Die Zustimmung der beiderseitigen obersten Gewerkschaftsorgane, Bundesrat des Deutschen Beamtenbundes und Kongress des Gesamtverbandes, die beide am 7. Oktober einberufen worden sind, dürfte nach diesem Ergebnis nicht mehr zweifelhaft sein. Damit werden sich 1 100 000 Beamte in dem parteipolitisch neutralen neuen Bund vereinigen.

Die Frage der Eisenbahnobligationen.

Abg. Berlin. In Amerika beschäftigt man sich eingehend mit der Frage der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen. Der Bankier Lamont schlägt eine Zusammenfassung der Regelung der internationalen Schuldfrage und der Einlösung des Reparationsproblems vor. Deutschland hat sicherlich ein Interesse daran, daß diese beiden Fragen, die auf der gesamten Welt lasten, einmal bereinigt werden. Es ist z. B. noch festzustellen, welche Gesamtverschuldung Deutschland auf sich nehmen soll. Die beiden Fragen der internationalen Schulden und der deutschen Schulden liegen sich sicherlich mit einander irgendwie vereinigen, aber es erscheint doch sehr fraglich, ob Deutschland ein Interesse daran hat, jetzt schon die Verdrängungen auf eine baldige Gesamtlösung dieser Fragen zu unterstützen. Deutschland und Frankreich sind jedoch dabei, sich untereinander zu verdrängen, und es könnte wohl sein, daß durch das Suchen nach einer Gesamtlösung diese Sonderaktion behindert würde. Die französische Regierung wird sicherlich nicht so bereit zu Konzessionen sein, wenn sie als bald im Rahmen der Gesamtregelung auch eine Regelung der zwischen Frankreich und Deutschland allein schwebenden Frage erwarten kann. An sich sind beide Fragen, das internationale Schuldproblem und das Problem der deutschen Schulden, durchaus voneinander verschieden. Das zeigt sich schon daraus, daß die Laufzeiten für die Schuldentilgung bei beiden Fragen ganz verschieden sind. Für die internationalen Schulden ist eine Verteilung der Tilgung auf 62 Jahre bestimmt; im Verfaller Vertrag dagegen ist angenommen, daß die deutsche Schuld innerhalb eines Monatsalters getilgt sein wird.

Zerstörung der Stadt Mandalay.

Durch Ueberschemmungen ist die indische Stadt Mandalay zerstört worden. Man zählt 200 Tote.